Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Alt. Markt 1
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Fernsprecher 70 und 80. Postscheck 39

18 DESSERT AUGUST FOVET 79

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post frei 1.20.
Bezugspreise: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0.45 Frk., Deutschland 10 Pfg. Amtliche Anzeigen 50 Cts.

Nr. 31 — Saarlouis, Dienstag, den 7. Februar 1928. — 57. Jahrgang.

Die Regelung der Reparationsfrage.

50 Milliarden??

Neuyork, 6. Febr. Einer Pariser Meldung der „Neuyork Times" zufolge, soll bei den Verhandlungen des Reparationsausschusses Parker Gilbert mit der Reparationskommission von dem ersteren eine Andeutung über die Endsumme der deutschen Reparationsleistungen gemacht worden sein. Parker soll der Auffassung sein, daß die Endsumme die Höhe von etwa 50 Milliarden Goldmark haben wird. Er hat darauf hingewiesen, daß Deutschlands auslänbische Kredite selben mäßigen, daß die Endsumme der zu zahlenden Reparationen noch nicht festgesetzt sei.

Die Summe von 50 Milliarden würde angesichts mit der Summe übereinstimmen, die die Dawesschiedsrichtsprüfung vorgeschlagen hunbtschlagen, die Frankreich aber als das äußerste ansehe. Die Summe Überstiegen bei weitem die Schätzungen englischer und anderer Finanzsachverständigen der letzten Jahre. Die Summe haben von Deutschland niemals angenommen werden.

Keine Initiative von seiten Amerikas.

Washington, 6. Febr. Im Staatsdepartement wurde die in einer Pariser Meldung der Times an die Rede Briands geknüpfte Vermutung, daß der französische Minister des Aeußern die Hoffnung auf eine Regelung der Reparationen von der Staatssekretärin in diesem Jahre auf Grund von Zusicherungen der Regierung der Vereinigten Staaten, die ihm durch Parker Gilbert übermittelt werden seien, ausgesprochen habe, als unbegründet bezeichnet. Keine der früher aliierten Regierungen habe diese Frage hier berührt und Parker Gilbert habe von der amerikanischen Regierung keine Mission erhalten, der französischen Regierung bestimmte Zusicherungen für eine Revision der französischen Kriegsschulden zu machen. Auch in Kreisen, die dem Schatzamte nahestehen, erklärt man, daß günstigere Bedingungen als die in dem Pakt zwischen Mellon und Berenger niedergelegten vom Kongreß nicht zu erhalten seien. Man würde — wie auch Gilbert in seinem Jahresbericht ausgeführt habe — eine baldige Regelung der Reparationsfrage durch die alliierten Regierungen im Interesse der Wiederherstellung normaler politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse begrüßen, glaube jedoch nicht, daß die amerikanische Regierung die Initiative dieser Angelegenheit über oder unter den gegebenen Umständen ergreifen könnte.

Eine Konferenz der Regierungsparteien

Berlin, 6. Febr. Zwischen den maßgebenden Führern der Regierungsfraktionen haben heut „Berliner Lokalanzeiger" in den letzten Tagen die ersten vertraulichen Besprechungen über die Frage der neuen Wahlen stattgefunden. Die Verhandlungen dürften in erster Linie in den Kommissionsverhandlungen über die Simultanschule zu fußen sein. In Kreisen der Regierung erwartet man von dem am 12. Februar zusammentretenden Reichsschulausschuß der Deutschen Volkspartei eine scharfe Reaktion gegen jedes Kompromiß. Bei einem Scheitern der Verhandlungen über die Simultanschule befürchtet man eine Zuspitzung der Krise. In den Kreisen der Deutschen Volkspartei rechnet mit dem Neuwahlen zu Ende Mai, das anfangs Juni in Genf die Minderheitsfragen aufgerollt werden würde. Gelingt es, Schwierigkeiten beim Zustandekommen über die Auflösung des Reichstags dem Reichspräsidenten zu

Vom westfälischen Zentrum.

Paderborn in Hamm.

Hamm, 6. Febr. Der größten über Westfalen Zentrumsversammlung war außerordentlich stark besucht und wurde von dem Abgeordneten Hersel geleitet. Es sprachen u. a. neben Professor Dr. Schreiber und der Mag. Innsbuch und Stegerwald. Ihre Reden bezielten sich mit beiden Reichsministern des Zentrums in Berlin am 23. Januar gemachten Ausführungen. Reichskanzler Marx war am Erscheinen verhindert.

Zum Schluß wurde eine umfangreiche Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der Parteitag einmütig auf dem Boden der Entschließung stehe, die am 29. Januar vom Reichsparteiausschuß in Berlin gefaßt worden sei. Die in der Reichsverfassung begründete Republik sei die Lebensform, die dem deutschen Volke den Wiederaufstieg in schwerer Zeiten gebiete. Die Sorge um die geistliche Erziehung der Jugend sei ein Zeichen in der Forderung nach einem christlichen Reichsjugendgesetz zum Ausdruck gekommen.

Eine Rede Imbuschs.

Hamm, 6. Februar. Das Hauptreferat hielt Abgeordneter Dr. Schreiber.

Darauf ergriff

der Abgeordnete Imbusch

das Wort, der u. a. ausführte:

Zu der Lagen jetzt haben wir nicht unerheblichte Meinungsverschiedenheiten in der Partei gefaßt. Es handelte sich nicht um persönliche Gegensätze, es handelte sich vielmehr um weitreichende, sachliche Meinungsverschiedenheiten. Deshalb ist auch die Bewegung nicht mit einer schnellen Erklärung aus der Welt zu schaffen. Wenn die Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden, so ist das geschehen, weil sie in Berlin und in der Fraktion, die ich persönlich hatte den Eindruck, daß alle Reden auf manche Schwierigkeiten hinwiesen und deshalb habe ich auch in Berlin bei der Beschlußfassung im Reichsparteiausschuß in der Frage der Fraktionsauflösung, ich hatte es für meine Pflicht, die Mitglieder aufzufordern und offen in der Partei über Dinge zu reden, weil wir bei einer Mitarbeit der Zentrumsleute müssen. Dann schließlich sind die Wähler und nicht die Fraktionen in Berlin die wichtigste Instanz. Ich helfe sich: Die Delegierten sind doch nicht beseitigt und erledigt. Sie haben sich überzeugt nicht erfreuen durch schöne Worte und Erklärungen, denn dann können sich die einzelnen Leute ein Pfund Beer kaufen. Meiner Auffassung nach hat die Reichsregierung sich bei Beurteilung einiger Dinge einigen heiklen Auffassungen vertreten. Bei der Neubildung der Reichsregierungen ist nicht genügend Rücksicht auf die anderen Parteien genommen worden; dann hat heute an die Mienen der Wirtschaftsbund und die Arbeiter. Wir sind nicht gegen das Reichsschulgesetz. Wir sind gegen die Simultanschule. Wir sind für Wertung des Berufsbeamtentums der Republik Stegerwald sehr verdient gemacht. Man hätte aber nicht die Beurteilung der Arbeiterschaft außerhalb sollen und dann dieses heraus, daß die Wirtschaft sie nicht zahlen könne und gleichzeitig kann die Beteiligungsrechnung von Beamten übergehen sollen. Die Arbeitnehmerorganisationen erhielten sehr scharfe Reichsrichter und Reichspost zahlreiche Aufträge nachgängig machen müssen, obwohl wiederum zahlreiche Arbeiter arbeitslos geworden sind. Und doch ist das notwendiglich, daß wir für jeden Arbeit und Brot schaffen. Die Partei hat hier die Pflicht, nach den Rechten zu sehen.

England zur Rheinlandräumung.

London, 6. Febr. Zu den Noten Stresemanns und Briands über die Rheinlandfrage, sagt der „London Observer", Englands Einverständnis zu der Frage der Räumung des Rheinlandes könne ohne weiteres vorausgesetzt werden.

Kellogs für ein Verbot der Unterseeboote.

Echo in der englischen Presse.

Washington, 6. Febr. Staatssekretär Kellog richtete an die Außenpolitische Kommission des Repräsentantenhauses ein Schreiben, in dem er erklärte, die Vereinigten Staaten seien bereit, mit anderen Mächten einen Vertrag über das Verbot von Unterseebooten zu unterzeichnen. Er bittet die der Kommission in Aussicht genommene Untersuchung, in der die Abschaffung der Unterseeboote empfohlen werden soll.

London, 6. Febr. Die großen englischen Blätter beschäftigen sich in ihren Leitartikeln ausführlich mit der Erklärung von amerikanischer Seite bezüglich des Verbots der Unterseebootwaffe. Die „Times" stellt in dieser Erklärung einen Fortschritt, verglichen mit der Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber der Flottenkonferenz. Angelsächsischer Geschäftsgeist bleibe große Hoffnung auf Unterstützung dieser Idee zur gegenseitigen Zeit. Frankreich habe sich den Vorschlägen ursprünglich heftig widersetzt und auch Japan und Italien seien die ungeneigt gesinnt. Das U-Boot sei tatsächlich die Waffe der kleineren Kontinent geworden.

Die „Daily Telegraph" hebt den Gedanken hervor, das Kellogs Vorschlag ein Ausdruck der deutschen diplomatischen und politischen Kreise gewesen habe. Aber auch dieses Blatt weist auf die Haltung der anderen Großmächte hin, die keine Geneigtheit zur Verwirklichung des Vorschlages zeigte.

Zentrum und Außenpolitik.

Die Ausführungen des Zentrumsabgeordneten in Paderborn, in der Debatte über die Außenpolitik, bewegten sich in folgenden Gedankengängen:

Das Ziel ist der Friede. Der Friede zwischen Deutschland und den anderen Völkern, nicht zuletzt den Völkern, von denen uns der Weltkrieg getrennt hatte. Der Friede ist die Grundlage und Vorbedingung zur Erhaltung der unbeugsamen Kraft im Menschen und in der Nation. Daß das Ziel der Verwirklichung nur der Friede sein kann, hat uns in bitterer Schule der Krieg und seine Folgen gelehrt. Friede, aber nicht Friede um jeden Preis nur, ein Friede, der sich mit dem Recht und der Ehre vereinbaren und der Freiheit unseres Volkes und seiner wirtschaftlichen Notwendigkeiten vereinbaren läßt. Diese Welt ist ja einer Friedensqualität genötigt durch seine geographische und wirtschaftliche Lage. Diese Zielsetzung ist im Sinne unseres Volkes und unserer Gesamtheit. Die Diplomatie und die Kabinette haben nicht über Politik zu machen, sondern die ihres Volkes.

Im letzten Jahre ist eine Zeitwende verflossen seit der Beendigung des Weltkrieges. Das liegt uns nahe, einen Rückblick zu tun auf die Entwicklung, die die Beziehungen der Mächte zueinander genommen haben. Wie haben bittere Enttäuschungen erlebt, aber wir bleiben trotzdem für die unserer Arbeit im Völkerbund. Der Völkerbund hat noch einen weiten Weg zurückzulegen und große Hindernisse zu überwinden, um das zu werden, was er ist: eine Idee.

Dem Ziel der Erreichung eines friedlichen Verhältnisses zwischen uns und den anderen Völkern stehen noch große Hindernisse entgegen, an deren Beseitigung unablässig gearbeitet werden muß. Ein solches Hindernis, zu dessen Beseitigung wir die größte Mühe und schwerstesten Opfer aufgewendet haben, ist das Vorhandensein der fremden Besatzung am Rhein. Ein Volk, das sich selbst in seinem ureigenen Lande fremde Militärmacht sieht, kann an dem Friedensvollen der anderen nicht glauben. Die Bevölkerung ist der Ansicht, daß Frankreich von der Besatzung die erforderliche Sicherheit zu geben. Nach Locarno begreifen wir nicht mehr den Zweck der Besatzung. Wenn es sich um Sicherung von Sicherheit handelt, darf man nicht blind, sondern einsichtig für Frankreich eintreten. Mit denselben Recht, wie Frankreich, haben wir, wenn überhaupt Sicherheiten notwendig sind, Anspruch auf beide.

Mit der Befriedung der Völker unmittelbar ist die Verzögerung in der Abrüstung der Völker; ja statt Abrüstung immer neue Rüstungen. Eine Abrüstung haben sich die Vertragsmächten in Berlinfies versprochen. Sonst hätte das die Entwaffnung Deutschlands keinen Sinn. Man wollte doch nicht Deutschland unter ein Ausnahmegesetz stellen. Wir wollten ein Ziel: Durch Abrüstung zur Sicherheit. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Abrüstung die wirksamste, ja die einzige wirksame Sicherheit gibt.

Der Kernpunkt des Sicherheitsproblems ist die Kriegsächtung und die Schiedsverfahrensordnungen. Das ist aber ja erreichen, wenn man die „Möglichkeit einer ausschiedsrichtlichen Regelung findet". In diese Richtung Richtlinien sind nicht blind möglichst, sondern auch politische Gesichtspunkten eingehalten.

Unsere Bemühungen um die Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen uns und den Völkern haben bis jetzt Wirkung leider kaum unter furchtbaren Druck der Reparationslasten. Die Reparationsfrage muß in diesem Jahre eine der Hauptfragen der Außenpolitik sein, an der sich alle Staaten zu beteiligen haben.

Ein großes Hindernis für die völlige Versöhnung der Völker sind die Zustände, die die Grenzziehung im Osten geschaffen haben. Die Grenzen im Osten haben Wunden entstehen lassen, die sich nicht schließen wollen, die dauernd bluten und schmerzen. Allein durch die Nichtgewährung des Zugeständnis bestimmter Vorzüge, die betroffene Bevölkerung kann sich nicht beruhigen. Wir freie Volksvertreter muß ich immer wieder darauf aufmerksam machen.

Der Vertrag, der Oppreußen vom Reich trennt, ist nach dem Urteil aller unbefangenen Urteilenden eine Unmöglichkeit. Wir warnen bei dem Vertrag über Danzig. Die Danzig in einem friedlichen Stadtstaat ist — bei der letzten Wahl zum Volkstag wurden von 120 Abgeordneten nur drei Polen gewählt — kommen mit der Zeitungen an keinem Gefühl nicht entschlossen.

In diesen Zeitungsmeinungen wäßten wir ferner Stimmen auf hin, daß in weiten Oberschlesien durch die Nähe